len. Diese Bereitschaft kann sich z. B. darin zeigen, daß der Jugendliche den angerichteten Schaden ganz oder teilweise bis zur Hauptverhandlung wiedergutmacht oder durch andere ernsthafte Anstrengungen seinen Wiedergutmachungswillen erkennen läßt.

Zu den Anwendungsvoraussetzungen

Verschiedentlich bereitet es in der Praxis Schwierigkeiten, die Anwendungsvoraussetzungen des § 70 Abs. 1 StGB im Einzelfall faßlich zu machen. Das betrifft insbesondere die Frage, anhand welcher Tatsachen ein geringer Grad der Gesellschaftswidrigkeit des Vergehens zu beurteilen ist und woran sich erkennen läßt, daß der jugendliche Straftäter die ihm auferlegten Pflichten freiwillig erfüllen wird. Ausgehend von den Orientierungen für materielle Schadensgrenzen bei Vergehen ist für die Zuordnung der jeweiligen Straftat als Vergehen von geringer Schwere das Maß an Verantwortungslosigkeit entscheidend, aus dem heraus der Jugendliche die Straftat begangen hat. So gesehen setzt die Auferlegung besonderer Pflichten voraus, daß das Vergehen nicht Ausdruck verfestigter negativer Grundeinstellungen des jugendlichen Täters zu den allgemeinen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist, sondern in der Regel auf aktuelle, situationsbedingte Augenblickseinflüsse oder stark wirkende emotionelle Faktoren zurückzuführen ist. Diese Anforderungen an die Schwere des Vergehens stehen in engem Zusammenhang mit den Anwendungsvoraussetzungen, die die Persönlichkeit des Jugendlichen unmittelbar betreffen. Schließlich wird bei ihm die Bereitschaft und Fähigkeit vorausgesetzt, sich künftig gesellschaftsgerecht zu verhalten und keine weiteren Straftaten zu begehen.

Die Anwendungsvoraussetzungen sind insbesondere bei solchen Jugendlichen gegeben, die bisher in ihren Schul-, Arbeit- und Freizeitkollektiven wie auch im Elternhaus dem Alter entsprechend verantwortungsbewußtes Verhalten zeigten und vor allem durch bisheriges gesellschaftsgemäßes Auftreten erkennen lassen, daß sie sich in das sozialistische Gemeinschaftsleben integrieren. Die Auferlegung von besonderen Pflichten nach § 70 StGB ist gerechtfertigt, wenn Erziehungsschwierigkeiten (i. S. des § 67 StGB) bei dem Jugendlichen nicht dominant sind, also eine Erziehungs- und Entwicklungsgefährdung nicht vorliegt. Deshalb kommt auch in der Regel der Ausspruch dieser Maßnahme bei nicht vorbestraften Jugendlichen in Betracht.

Abgrenzung zu anderen Maßnahmen gegenüber jugendlichen Tätern

Insoweit grenzt sich gegenüber dem Absehen von der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 1 StGB die Maßnahme nach § 70 StGB dadurch ab, daß ausgehend von der Tatsache, die Persönlichkeit des Täters und sein bisheriges Sozialverhalten nicht die Notwendigkeit der Betreuung durch die Organe der Jugendhilfe begründen. Das schließt nicht aus, daß in Einzelfällen mit der Straftat Umstände bekannt werden, die die Mitwirkung der Jugendhilfe nunmehr erfordern (§19 Abs. 3 der 1. DB zur StPO).

Gegenüber dem Absehen von der Strafverfolgung nach § 67 Abs. 2 StGB (wenn andere staatliche oder gesellschaftliche Erziehungsträger als die Organe der Jugendhilfe ausreichende Erziehungsmaßnahmen bereits eingeleitet haben) und gegenüber der Übergabe an ein gesellschaftliches Gericht (§ 28 StGB) können solche Erwägungen für die Auferlegung besonderer Pflichten sprechen, wie die richtige Differenzierung der Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bei mehreren an der Tat beteiligten Jugendlichen und gezielte Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte in solche Verfahren. Es ist zu beachten, daß die Notwendigkeit einer gerichtlichen Hauptverhandlung bei von mehreren Jugendlichen gemeinschaftlich begangenen Straftaten nicht nur in der Straftat und im Verhalten des einzelnen Straftäters begründet sein muß, sondern sich auch daraus ergeben kann, daß u. U. eine größere erzieherische Einwirkung erreicht wird, wenn sich alle an der Straftat Beteiligten vor dem gleichen

Gericht verantworten müssen. Die Abtrennung des Verfahrens gegen einzelne Täter wegen der geringeren Schwere ihrer Tatbeteiligung wird deshalb in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen sein.

Im Gegensatz zur Geldstrafe ist die Auferlegung besonderer Pflichten nicht auf spürbare materielle Nachteile gerichtet. Deshalb können Auflagen nach § 70 Abs. 2 StGB gerade dann angebracht sein, wenn geringfügigen Eigentumsdelikten nicht vordergründig Bereicherungstreben zugrunde liegt bzw. wenn der Jugendliche nicht in der Lage wäre, eine Geldstrafe aus eigenen Mitteln zu erbringen.

Die Anwendung der Geldstrafe als Zusatzstrafe läßt § 70 StGB nicht zu. Dem steht jedoch nicht entgegen, dem Jugendlichen die Auflage zu erteilen, den angerichteten Schaden durch eigene Leistungen in Geld wiedergutzumachen (vgl. auch § 22 der 1. DB zur StPO).

Faktoren der Wirksamkeit der Maßnahme *§

Die Wirksamkeit der vom Gericht auferlegten Pflichten hängt mit davon ab, daß sie durchdacht, konkret und kontrollierbar, d. h. hinreichend individualisiert sind. Dabei ist jede Häufung von Pflichten zu vermeiden. Der Grundsatz, wenige aber wirksame und abrechenbare Maßnahmen, sollte strikt beachtet werden.

Die in § 70 Abs. 2 StGB beispielhaft genannten Pflichten sind eine Orientierung für den Staatsanwalt und das Gericht, in schöpferischer Weise Anforderungen an den Jugendlichen zu stellen, die seiner Individualität in hohem Maße angepaßt sind. Unsere Untersuchungen der Praxis zeigen, daß die Strafanträge und die Urteile gerade die Möglichkeiten des § 70 StGB noch nicht genügend ausschöpfen. Von den Pflichten, die den in die Untersuchungen einbezogenen jugendlichen Straftätern auferlegt wurden, betrafen 91 Prozent die Durchführung von unbezahlter Freizeitarbeit, 29,7 Prozent die Aufnahme oder Fortsetzung eines Lehr- oder Ausbildungsverhältnisses, 12,2 Prozent die Wiedergutmachung des Schadens durch eigene Leistung und 10,6 Prozent die Bindung an den Arbeitsplatz. Es wird nicht immer verstanden, den konkreten Straftaten und den Lebens- und Erziehungsverhältnissen individuell zu entsprechen. Individuelle Besonderheiten, wie z. B. Ausbildungsniveau, Leistungsvermögen, Qualifizierungsmöglichkeiten, positive Anknüpfungspunkte in der Persönlichkeit des Jugendlichen und in seiner Umwelt, werden noch nicht ausreichend genutzt. Auch können bestimmte örtliche Bedingungen oder Erfahrungen durchaus dazu beitragen, den Pflichtenkatalog zu erweitern. Solche Verpflichtungen könnten z. B. sein:

- Unterstützung des Geschädigten durch persönliche Hilfeleistung;
- Entschuldigung beim Geschädigten bzw. dem geschädigten Kollektiv (in der Kaufhalle, der Schule, dem Verkehrsbetrieb, dem Veranstalter, dem Wohnbezirksausschuß, der Hausgemeinschaft u. a.) im Beisein der Erziehungsberechtigten, eines Schöffen, des Klassenleiters, eines Vertreters der Jugendhilfe oder einer anderen verantwortlichen Person;
- Teilnahme am Verkehrsunterricht, an der Verkehrsteilnehmerschulung oder anderen verkehrserzieherischen Maßnahmen.

§ 70 Abs. 3 StGB leitet dazu an, möglichst aus dem Lebenskreis des Jugendlichen Kollektive, befähigte Einzelpersonen oder die Erziehungsberechtigten zur Kontrolle über die Verwirklichung der Pflichten zu gewinnen bzw. für den Jugendlichen zu bürgen.

In 16,4 Prozent der untersuchten Fälle wurden Bürgschaften bestätigt. Dabei handelte es sich zumeist um die Übernahme von Bürgschaften für solche Jugendliche, deren bisheriges Sozialverhalten keine oder nur unerhebliche Schwierigkeiten bereitete und die sich in ihren Arbeits-, Schul- und Freizeitkollektiven überwiegend unauffällig verhielten. Noch zu wenig sind die Bemühungen darauf gerichtet, Bürgen für jugendliche Täter zu gewinnen, die zeitweise oder wiederholt ihre Pflichten nicht so verantwortungsbewußt wahrnahmen. Damit werden jedoch wesentliche Möglichkeiten der Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte und vor allem auch der Er-